

Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 4. September 2002

1262. Schriftliche Anfrage von Monika Erfigen zur Partnerschaft mit Kunming. Am 29. Mai 2002 reichte Gemeinderätin Monika Erfigen (SVP) folgende Interpellation GR Nr. 2002/182 ein:

Mit grossem Bedauern habe ich der Interpellations-Antwort GR Nr. 2001/529 vom 8. Mai 2002 entnommen, dass die vom Stadtrat eingesetzte «Arbeitsgruppe Menschenrechte Kunming», welche auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Kunming hätte hinwirken sollen, ihre Tätigkeit eingestellt hat, ohne dass irgend etwas erreicht worden ist.

Andererseits war dem Tagesanzeiger vom 20. Februar 2002 zu entnehmen, dass die von Zürich unterstützten Entwicklungsprojekte im chinesischen Kunming weitere zwei bis drei Jahre mit jährlichen Aufwendungen zwischen Fr. 400 000.– und Fr. 500 000.– fortgesetzt werden sollen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat tatsächlich die Absicht, eine Weisung für die Fortsetzung der Partnerschaft für weitere zwei bis drei Jahre vorzulegen?
2. Wenn ja, wie vereinbart er eine Fortführung dieses Engagements mit der Tatsache, dass in Sachen Verbesserung der Menschenrechtslage nicht einmal ein Minimum erreicht worden ist?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ja. Die Weisung wurde in der Stadtratssitzung vom 28. August 2002 zu Händen des Gemeinderates verabschiedet.

Zu Frage 2: Mit dem vom Stadtrat beantragten Kredit von Fr. 915 000.– für die Jahre 2003 und 2004 sollen die konkreten Projekte der technischen Zusammenarbeit in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Raum- und Stadtplanung sowie Denkmalschutz bis in zwei Jahren abgeschlossen werden. Der Kredit steht unter dem Vorbehalt, dass auch der Bund (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) die Projekte mit einem Beitrag von Fr. 465 000.– unterstützt.

Der Stadtrat ist bereit, die langjährige und wertvolle Städtepartnerschaft auch nach dem Jahr 2004 fortzusetzen, ohne jedoch konkrete Projekte zu bearbeiten. Im Vordergrund wird der kulturelle Austausch stehen. Ferner soll auf fachlicher Ebene weiterhin ein Erfahrungs- und Wissensaustausch stattfinden.

Das vorgesehene Projekt in Sachen Verbesserung der Menschenrechte konnte in der Tat noch nicht realisiert werden. Das bedeutet nicht, dass die diesbezüglichen Anstrengungen eingestellt würden, doch muss das Projekt anders aufgegleist werden. In direkten Gesprächen mit den Behörden der Stadt Kunming sowie in Zusammenarbeit mit dem chinesischen Generalkonsulat in Zürich und der Schweizer Botschaft in Peking soll abgeklärt werden, wie und in welcher Form die Frage der Menschenrechte angegangen werden kann. Dass dies nicht von heute auf morgen möglich ist, liegt auf der Hand.

Vor dem Stadtrat
der Stadtschreiber
Dr. Martin Brunner